

Der Kreissynodalvorstand des Kirchenkreises Jülich hat sich dem nachstehenden Appell am 20.11.2023 per einstimmigem Beschluss angeschlossen.

In Zeiten von Entrechtung von Geflüchteten Menschen und von einem Rechtsruck in der Gesellschaft, braucht es in Rheinland-Pfalz viele laute, unabhängige Stimmen, die sich empören und entschlossen dagegenstellen und sagen:

**"ES REICHT!"**

Wir empören uns

- **Über Maßnahmen der Bundesregierung, die bewusst auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Entrechtung von geflüchteten Menschen abzielen.**

Dazu gehören Vorhaben wie u.a.:

o Sachleistungen oder Bezahlkarte statt Bargeld: Den Sozialleistungsträgern wird ermöglicht Einkaufsverhalten zu reglementieren, zu kontrollieren und Produkte zu sperren. Hierdurch werden nicht nur Persönlichkeitsrechte von Geflüchteten verletzt, sondern auch ihre Würde: Sie werden entmündigt und stigmatisiert.

o Einführung einer Arbeitspflicht: Viele Geflüchtete wären froh, sie dürften arbeiten, doch unterliegen sie einem Verbot. Mit der Arbeitspflicht wird das rechte Narrativ bedient, welches davon erzählt, geflüchtete Menschen wollen per se nicht arbeiten. Stattdessen Arbeitsverbote abschaffen und so den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen!

o Weitere Entrechtungen: Die Ausweitung der Abschiebungshaft (Es soll zukünftig immer schneller und länger inhaftiert werden), das Durchsuchen von Wohnungen und Auslesen von Handys sind schwere Eingriffe in die Grundrechte von geflüchteten Menschen. Dieser Personengruppe wird das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) verwehrt, Freiheitsentzug einfach möglich gemacht und auch der sonst so schwer verteidigte Datenschutz scheint hier nicht mehr so wichtig.

- **Über einen politischen Diskurs, der Hass und Rassismus schürt, der Fakten negiert, verdreht und sich den Narrativen rechter Diskurse bedient.**

Es wird permanent und mit Selbstverständlichkeit von „irregulärer Migration“, „Asylmissbrauch“, von steigenden Zahlen, die eingedämmt werden müssen, von Grenzen die gegen die migrantische Bedrohung geschützt werden müssen, gesprochen. Als Lösung werden Abschiebungen propagiert. Die überwiegende Mehrheit der sogenannten Ausreisepflichtigen, können aus Gründen, die sie selbst nicht zu vertreten haben, nicht ausreisen. Sie integrieren sich, haben Arbeit, Familie, Freunde. Ein Fokus auf deren Bleibeperspektive würde die Zahl der Ausreisepflichtigen schneller und effektiver verringern, als jede „Abschiebeoffensive“.

Und nochmals klargestellt:

o Es gibt keine „irreguläre Migration“: Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, kann nicht „legal“, also mit Visum einreisen, äußert er:sie nach der Einreise ein Asylgesuch, gilt sofort der Aufenthalt als legal. Solange es keine legalen und sicheren Fluchtwege gibt, müssen Menschen sich einen Weg zu einem Ort suchen, an dem es Schutz und Sicherheit gibt. Übrigens: Laut Artikel L4 der Genfer Flüchtlingskonvention hat jeder das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen. Wer von „irregulärer Migration“ spricht, versucht die berechtigte Angst vor Verfolgung zu delegitimieren.

o Es gibt keinen „Asylmissbrauch“: 2023 (Jan-Sept) sind über 70 % der beim BAMF gestellten Asylanträge positiv beschieden worden<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Bereinigte Schutzquote

o Es gibt keine Einwanderung in die Sozialsysteme: Laut Mediendienst Integration haben aktuell 632.700 Menschen aus Asylherkunftsländern eine Beschäftigung (Stand: Juli 2023), die meisten von ihnen in sozialversicherungspflichtigen Stellen (540.400). Diese Zahl (Geflüchtete in Arbeit) ist übrigens in den letzten Jahren deutlich gestiegen<sup>2</sup>.

o Es gibt keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der Menschlichkeit und Solidarität: Flüchtende sind nicht die Krise, sondern „unsere“ Gesellschaft, die aus Angst vor den Menschen, die „unsere“ unhinterfragten Privilegien wie Sicherheit vor Krieg und Verfolgung, auch genießen möchten, sie als Bedrohung für die selbigen wahrnimmt.

o Stattdessen wäre es angebracht genau diese Privilegien zum Anlass zu nehmen, Menschen zu schützen. Wir sollten gleichzeitig daran arbeiten, die durch politisches „Nicht-Handeln“ in den letzten 20 Jahren entstandenen Probleme im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich zu beheben, anstatt die Schuld für alle Probleme bei den Geflüchteten zu suchen.

- **Über eine kollektive Amnesie der regierenden Parteien und ein umfassendes Ignorieren von Versprechen aus dem Koalitionsvertrag.**

Mit ihrem Koalitionsvertrag versprach die neue Bundesregierung 2021<sup>1</sup> „einen Spurwechsel“. Es sollte:

o das komplizierte System der Duldungstatbestände neu geordnet werden o die sogenannte „Duldung light“ abgeschafft werden

o die Beschäftigungsduldung entfristet werden

o Geduldeten in der Ausbildung und ihren Betrieben mehr Rechtssicherheit durch eine Aufenthaltserlaubnis verliehen werden

o die Klärung der Identität, um die Möglichkeit eine Versicherung an Eides statt abzugeben, erweitert werden

o Arbeitsverbote abgeschafft werden

o der Geschwisternachzug geregelt werden

Alle diese Versprechen sind bis heute nicht umgesetzt worden, werden in den öffentlichen Debatten totgeschwiegen und scheinen aus dem Gedächtnis der Koalitionspartner verschwunden zu sein.

Das Einzige, das aus dem Koalitionsvertrag praktisch umgesetzt wird, ist die angekündigte „Rückkehroffensive“. Und zwar in alter - sogar noch schärferer - Seehofer-Manier! Eine insgesamt traurige und bittere Bilanz für eine Regierung, die sich für einen „Spurwechsel“ in der Migrationspolitik einsetzen wollte.

- **Über ein Europa, das sich immer mehr abschottet, bewusst Menschen im Meer ertrinken und an den Außengrenzen erfrieren lässt.**

Die Einführung des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) wird zu mehr Toten, mehr Leid, mehr Dramen an den EU-Außengrenzen führen. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, Angst haben, umgebracht zu werden oder zu verhungern, werden sich auch davon nicht abhalten lassen, sich auf den Weg zu machen. Gefahren wie Tod durch Ertrinken oder Erfrieren, Inhaftierung etc. haben keine abschreckende Wirkung.

Wir müssen mehr Solidarität zeigen!

Europäische Solidarität darf nicht nur für weiße Menschen im globalen Norden gelten.

- **Über das Sortieren und gegeneinander Auspielen von unterschiedlichen Migrant:innengruppen:**

---

<sup>2</sup> <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/arbeit-und-bildung.html>

- Es gibt keine Zweifel daran, dass in Deutschland Arbeitskräfte gebraucht werden. Es wird im politischen Diskurs unterschieden zwischen den Menschen, die wir für unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand brauchen, und den „unerwünschten“, den „irregulär“ Eingereisten, die unser Asyl- und Sozialsystem missbrauchen. Es ist falsch, zu kurz gedacht und fatal, diese beiden Migrant:innengruppen miteinander zu vergleichen und sie gegeneinander auszuspielen

Ein Umdenken ist nötig:

Es müssen Arbeitskräfte einwandern, aber auch die Potenziale der Menschen, die schon hier sind, dürfen nicht weiter ignoriert werden. Hierfür sind folgende Maßnahmen unerlässlich:

- o Uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt für alle, die hier sind und zwar vom ersten Tag an, das bedeutet ein sofortiges Abschaffen aller Arbeitsverbote.
- o Mehr Angebote von und ein leichter Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen, um die formalen und praktischen Voraussetzungen zum Berufseinstieg zu erfüllen
- o Schnellere und unbürokratische Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen
- o Mehr Integrationskurse, auch in ländlichen Gebieten, schnelle und unbürokratische Qualifizierung der DaZ-Lehrkräfte, insbesondere von Lehrkräften mit Migrationsvorteil
- o Abbau der bürokratischen Hürden bei der Erteilung von Visa und Aufenthaltserlaubnissen und Erteilung von Visa auch zum Zwecke der unqualifizierten Arbeit

Wenn Bundeskanzler Scholz und Innenministerin Faeser schon nach Nigeria und Marokko reisen und für eine geregelte Arbeitsmigration werben, dann sollten sie die Fehler aus der Vergangenheit bei der Anwerbung von „Gastarbeiter:innen“ nicht wiederholen. Sie müssen Menschen schnell und unkompliziert einreisen lassen, ihnen von Anfang an langfristige Aufenthaltserlaubnisse erteilen, die zu einem Daueraufenthalt führen, ihnen die Möglichkeit geben, schnell Deutsch zu lernen und den Familiennachzug von Anfang an erlauben. Sie dürfen nicht vergessen, dass nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen kommen werden, die hier langfristige Lebensperspektiven aufbauen wollen.

- **Über massive geplante Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 im Bereich „Integration“.**

Geplant sind Kürzungen der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) um 30 Prozent, des Jugendmigrationsdienstes (JMD) um 30%, der Förderung der Psychosozialen Zentren (PSZ) um 60 Prozent, der 2022 eingeführten unabhängigen Asylverfahrensberatung (UVB) um 50 Prozent.

MBE, JMD, UVB und PSZ spielen eine zentrale Rolle im Integrationsprozess der migrierten Menschen. Durch diese Kürzungen werden die Begleitung von Migrant:innen, Geflüchteten in ihrem Integrationsprozess, die medizinische Versorgung von schwertraumatisierten Menschen und der Zugang zu einer qualifizierten Begleitung im Asylverfahren stark eingeschränkt, ihre gleichberechtigte, gesellschaftliche und politische Teilhabe auf fast Null reduziert. Dies wird schwerwiegende Konsequenzen auf den Integrationsprozess der Ratsuchenden haben und mittelfristig soziale Probleme hervorrufen. Die Mehrkosten, die dadurch entstehen, trägt nachher die Gesamtgesellschaft.

- **Die geplanten Maßnahmen, die zur Abschreckung dienen sollen, sind nur Scheinlösungen:**

Bereits in den 90er, in denen ein ähnliches gesellschaftliches Klima wie heute herrschte (rassistische Angriffe auf Flüchtlinge (Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Zugang von zahlreichen Flüchtlingen aus Kriegsgebieten (ehemaliges Jugoslawien), verbale, rassistische Attacken von Politiker:innen, Zunahme von rechtspopulistischen Ideen) wurden Maßnahmen ergriffen (u.a. April 1993 De-Facto-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Herbst 1993 Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit allen seinen Einschränkungen und diskriminierenden Paragraphen), die - wie heute - verhindern sollten, dass weiter Menschen nach Deutschland kommen.

Die Realität spricht eine andere Sprache: Abschreckungsmaßnahmen können und werden nie Menschen davon abbringen zu fliehen. Denn die Gründe, warum Menschen sich auf die Flucht begeben, sind andere: Es geht um Flucht vor Krieg, politischer Verfolgung, vor diktatorischen und instabilen Regimen, vor Vernichtung der Lebensgrundlagen. Wer glauben lässt, dass durch neue-alte Abschreckungsmaßnahmen, den Ruf nach mehr Abschiebungen und die Entrechtung von Flüchtlingen alle Probleme gelöst werden, bietet nur Scheinlösungen an, schürt Angst, Hass und Rassismus statt gesellschaftlichen Zusammenhalt und Respekt und nährt den Boden für rechtes, konservatives und populistisches Gedankengut.

Wir wollen und müssen der Einschränkung von Rechten von Flüchtlingen mit solidarischer Unterstützung entgegenzutreten, sie sichtbar machen, sie laut und stark anprangern.

**Wir wollen und dürfen nicht resignieren!**

**Wir werden nicht resignieren!**

**Wir wollen und müssen uns einmischen!**

**Wir werden uns einmischen!**

**Wir wollen und müssen uns weiter empören!**

**Wir werden uns weiter empören!**

© Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz